Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 100 (2006)
Heft: 5

Rubrik: Zeichen der Zeit : die SP und der Kapitalismus

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Die SP und der Kapitalismus

1994 hat der Parteitag der SPS ein Wirtschaftskonzept verabschiedet, an dem sich die linken Geister schieden. Es hiess *«Vorschläge der SP Schweiz zur Wirtschaftspolitik für die Jahre 1994–2005»*. Entgegen seinem reformistischen Ruf übte es heftige Kapitalismuskritik – bis hin zum nach wie vor zitierfähigen Satz: «Der Kapitalismus ist sozial, ökologisch und geographisch blind und zerstörerisch.» Die neoliberale Globalisierung der Märkte wurde als «Klassenkampf von oben» denunziert. Es fehlte in diesem Konzept auch nicht der gut sozialistische Satz: «Die Logik des Kapitals muss sich national und international den demokratisch formulierten Bedürfnissen der Menschen unterordnen.» Aber mehr oder weniger resigniert meinten die Verfasser, «in den kommenden 12 Jahren» stehe «die Überwindung des Kapitalismus in den Industrieländern absehbar nicht auf der Tagesordnung».

Im Auftrag der SP Kanton Zürich stellte ich am damaligen Parteitag den Antrag, dieses «Sozialismus-Moratorium» zu streichen. *Überwindung des Kapitalismus* sei ein Prozess, der im Hier und Heute beginne. Man könne nicht einerseits den Kapitalismus als «zerstörerisch» bezeichnen und anderseits nicht an seiner Überwindung arbeiten wollen. Die SP Schweiz gewöhne sich so nur allzu leicht das Denken in Alternativen ab. Ich unterlag in der Abstimmung denkbar knapp mit 216 zu 209 Stimmen. Sonst hätte sich die SP Schweiz an die Überwindung des Kapitalismus gemacht...

Die damalige Wende zur «wirtschaftsfreundlichen Partei» dominiert seither die Diskussion. Sie hat jene Kräfte in der SP bestärkt, die eher den demokratischen Sozialismus als den Kapitalismus überwinden wollen. Dieser Trend setzt sich auch im eben publizierten Entwurf *«Neues Wirtschaftskonzept der SP Schweiz»* fort. Es enthält die explizite Absage an die «Analyse aus einer kapitalismuskritischen Option». Die Forderungen bleiben denn auch systemimmanent. *«Aktionärsdemokratie»* wird gross geschrieben und detailliert umschrieben, während *«Mitbestimmung»* als Recht aus Arbeit (statt aus Kapital) einen geringeren Stellenwert zu haben scheint – von einem wenigstens gleichen Entscheidungsgewicht des Faktors Arbeit (Parität) ist jedenfalls nicht die Rede.

Dass die Parteileitung diesem Papier ihren Segen gegeben hat, ist umso erstaunlicher, als dieselbe Parteileitung die «Überwindung des Kapitalismus» zum Thema der anstehenden *Programmrevision* machen will. Am 19. März 2005 hat Parteipräsident *Hans-Jürg Fehr* den Delegierten der SP zugesichert, «den visionären Teil des Programms, der bisher unter der Etikette ‹Überwindung des Kapitalismus› segelte, seriös in die Revision einzubeziehen». Schliesslich habe noch jedes Programm in der Geschichte der SPS auch «eine langfristige, visionäre, vielleicht sogar utopische Perspektive» enthalten.

Es lohnt sich, 1. auf diese Geschichte der Parteiprogramme einzugehen. Dann wäre 2. zu fragen, was «Überwindung des Kapitalismus» heisst, und 3. wäre die Frage nach glaubwürdigen Alternativen zu stellen.

1. Programmgeschichte

Bei ihrer Gründung *1888* hat die SPS

sich ein *«grundsätzliches Programm»* gegeben.[1] Es sieht im «wirtschaftlichen Kampf Aller gegen Alle, bei dem Jeder genötigt ist, in immer stärkerem Masse auf seinen persönlichen Vortheil zu sehen ..., das grösste Hindernis weiterer sittlicher Entwicklung der Menschheit». Gefordert wird «die Organisation aller wirthschaftlichen Thätigkeit durch das Volk, die Verstaatlichung», diese aber unter der «politischen Bedingung» einer «rein demokratischen Staatsform».

Eine *«Prinzipienerklärung»* von 1904 analysiert, «wie die ehrliche Arbeit nicht vor Not zu schützen vermag» und befasst sich damit erstmals mit dem Phänomen der heute so genannten «working poor». Gleichzeitig «häufen und vermehren sich die arbeitslosen Einkommen». «Das Arbeitsverhältnis wird zum Herrschaftsverhältnis.» Weiter heisst es: «Diese Zustände wurzeln im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, d.h. im Privatbesitz an den Produktionsmitteln und in der Produktion zum Zwecke des Profits und sie lassen sich deshalb nur mit dieser beseitigen.» Folgerichtig sieht die «Prinzipienerklärung» die Alternative «in der Überführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Besitz der Gesellschaft und im Ersatz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage».

Die Kapitalherrschaft ist freilich ambivalent, da ihrerseits den *Zwängen eines Marktes* ausgeliefert, den der Soziologe *Max Weber* etwa zur selben Zeit eine *«herrenlose Sklaverei»* nannte. Auch das kommt in der «Prinzipienerklärung» sehr schön zum Ausdruck: «Mit der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbunden ist die Planlosigkeit und Anarchie der Produktion. Die besitzende Klasse hat die Herrschaft über die Produktionsmittel verloren, sie sind ihr über den Kopf gewachsen. Jeder einzelne Kapitalist steht unter dem von der Konkurrenz diktierten Zwangsgebot, stets auf die Verbilligung seines Produktes und die Erweiterung seines Absatzes bedacht zu sein und seinen Konkurrenten zu schlagen, um nicht von ihm geschlagen zu werden.» Das könnten wir angesichts der neoliberalen Globalisierung der Märkte auch heute nicht besser ausdrücken.

Das Programm von *1920* übernimmt die Formulierungen der «Prinzipienerklärung» fast wörtlich. Im Rückblick auf den «imperialistischen Weltkrieg» sieht es die *Kriegsursache* im «Konkurrenzkampf der Bourgeoisien der Grossmächte um Absatzgebiet und Kolonien». Es plädiert für ein «Rätesystem» als Organisationsform für die «wirkliche Selbstverwaltung des arbeitenden Volkes».

1935 wiederholt ein weiteres Programm das Ziel einer «Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage». Angesichts des drohenden Faschismus kommt als neues Begründungselement *«die Rettung der Demokratie»* hinzu. Die Kollaboration von Teilen des Industrie- und Finanzkapitals mit dem Faschismus führt die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus erneut vor Augen. «Die Rettung der Demokratie besteht in ihrer konsequenten Weiterentwicklung von der politischen zur wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.»

Nach dem Zweiten Weltkrieg dauert es 14 Jahre bis zum *Winterthurer Programm 1959*. Es ist ein *Kind der Hochkonjunktur* und sieht daher die Defizite des Kapitalismus nicht mit derselben Schärfe wie die früheren Programme. Aber immer noch steht hier zu lesen: «Eine auf der Vorherrschaft des Kapitals beruhende Wirtschaftsordnung ist nicht in der Lage, dem gesamten Volke auf die Dauer Wohlstand und kulturellen Aufstieg zu sichern.» Die Gemeinwirtschaft ist wenigstens noch «zu fördern», und zwar «in den Formen der Genossenschaft, der Selbstverwaltungskörperschaft, des staatlichen kommunalen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmens». Die Genossenschaft wird als die «älteste Form der Wirtschaftsdemokratie» vorgestellt und bejaht. Erstmals fordert

hier ein Programm auch die *paritätische Mitbestimmung* von Arbeit und Kapital. Sie «soll eine Neuorientierung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Sinne der Gleichberechtigung herbeiführen». 1976 kam es in dieser Frage zur Nagelprobe. Die gewerkschaftliche, von der SP unterstützte Mitbestimmungsinitiative wäre ein Stück Systemveränderung geworden, hätte sie an der Urne nicht mit einer Nein-Mehrheit von Zweidritteln der Stimmenden kläglich Schiffbruch erlitten.[2]

Das *Programm von Lugano* 1982 ist eine Spätfolge der 68er-Bewegung und ihrer Kapitalismus- und Imperialismuskritik. Es formuliert wieder sehr klar: «Durch die Überwindung des Kapitalismus wollen wir die Vorherrschaft der Ökonomie über den Menschen aufbrechen.» Und: «Überwindung des Kapitalismus heisst einerseits Überführung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel unter die gesellschaftliche Kontrolle, durch Demokratisierung der Wirtschaft, durch Selbstverwaltung und demokratische Kontrolle von wirtschaftlicher Macht.» Auf der mikroökonomischen Ebene heisst das in Anlehnung an den *«dritten Weg»* von *Ota Šik,* dem Reformer des Prager Frühlings 1968: «Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmen, wobei die Kapitalanteile der individuellen Verfügung entzogen (‹neutralisiert›) werden und im Unternehmen bleiben». Auf der makroökonomischen Ebene sollen «Fehlentwicklungen» und «Wachstumszwänge des Kapitalismus» durch «demokratisch abgestützte Rahmenbedingungen der Öffentlichkeit» überwunden werden.

2. Kapitalismus

Kapitalismus ist jene (Un-)Ordnung, die dem Kapital die alleinige Verfügungsmacht über die wirtschaftlichen Unternehmungen zuspricht, ihm dadurch die private Aneignung des von den lohnabhängig Arbeitenden erwirtschafteten Mehrwertes garantiert und der Maximierung der Profite möglichst wenig Grenzen setzt. Insofern ist der global sich ausbreitende und durchsetzende Neoliberalismus der zu seinem *Wesen* gelangte (oder in sein Wesen zurückgekehrte) Kapitalismus. Jean Ziegler nennt ihn das *«Imperium der Schande»:* Es organisiere «bewusst den Mangel», und dieser gehorche «der Logik der Profitmaximierung»[3].

Die *Folgen* sind bekannt: Täglich sterben (laut FAO) 100 000 Menschen an Hunger oder an den Folgen des Hungers. Schuld daran ist vor allem eine gigantische Auslandschuld von 2000 Milliarden Dollar, unter deren Würgegriff die Dritte Welt leidet. Die Zahl der (laut Weltbank) «extrem Armen», die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen, beläuft sich bereits auf mehr als 1,8 Milliarden Menschen. Auf der anderen Seite «verdient» 1 Prozent der Reichsten soviel Geld wie 57 Prozent der Ärmsten. Das Verteilungsproblem ist natürlich eine *Machtfrage:* Bereits kontrollieren 500 transnationale Unternehmungen mehr als die Hälfte des Weltsozialprodukts.[4] Die «Finanzmärkte» erwarten Kapitalrenditen von 20 und mehr Prozent, was einen *Wachstumszwang* voraussetzt, der die Grenzen weltverträglichen Wirtschaftens sprengt.[5]

Aber die *Privatisierung der Welt* geht weiter – von den Patenten auf Leben bis zum Wasser. Der Service public gerät unter Druck. *«Stateless global governance»* heisst das neoliberale Ideal eines sich selbst regulierenden Weltmarktes. Dieser globale und totale Markt lässt keine politische Alternative zu und wird dadurch totalitär. Und bist du nicht willig, so brauche ich Sachzwänge. Wirken auch die Sachzwänge nicht, gibt es immer noch andere Zwänge: «Die unsichtbare Hand des Marktes wird ohne sichtbare Faust nicht funktionieren... Und die sichtbare Faust, die die globale Sicherheit der Technologie von Silicon Valley verbürgt, heisst US-Armee, US-Luftwaffe, US-Kriegsmarine und US-Marinekorps»,

sagt *Thomas Friedman,* Sonderberater der ehemaligen US-Aussenministerin *Madeleine Albright.*[6]

Die Globalisierung wird auch in Europa gegen die Soziale Marktwirtschaft gewendet. Diese gilt den Neoliberalen als ein Relikt aus dem Kalten Krieg. Jetzt, da die Angst vor einem Systemwechsel gewichen ist, kann das konkurrenzlos verbliebene System sein Monopol durchsetzen. Ein Leitartikel der NZZ mit der Überschrift «Später Nachruf auf die Sowjetunion» meinte vor bald 10 Jahren (28./29.12.96), «die soziale Herausforderung, welche die Sowjets lanciert» hätten, sei jetzt «hinfällig». Im Systemwettbewerb mit den sozialistischen Staaten habe der Kapitalismus noch beweisen müssen, «dass die eigene Seite dem Einzelnen auch an sozialem Schutz unvergleichlich mehr bot». Heute sei dieser Wettbewerb «nicht einmal eine Erinnerung mehr wert».

Gelingt es, den Kapitalismus zu *zähmen*, ohne ihn zu *überwinden?* Das ist eine Machtfrage und angesichts der Macht des Kapitals eine schwer zu beantwortende Frage. Weltweit suchen wir nach Alternativen, um den globalen Markt durch eine globale Politik ins Recht zu fassen, ihn sozialverträglich, drittweltverträglich und umweltverträglich zu machen. So gehören in die WTO-Verträge Sozialklauseln, z.B. gegen Kinderarbeit, aber auch Ökoklauseln, z.B. für die Durchsetzung des Klimaschutzvertrags von Kyoto. Die Finanzmärkte sollten kontrolliert und durch eine Besteuerung aller Transaktionen reguliert werden. Nicht weniger wichtig ist die Demokratisierung der globalen Institutionen, die wie die WTO ihre Verträge zum Teil noch im Geheimverfahren ausarbeiten.

So ähnlich steht es auch im Entwurf *«Neues Wirtschaftskonzept»* der SP Schweiz. Aber genügen diese Forderungen? Sind sie angesichts der *Macht des Kapitals* und seines Imperiums überhaupt *realistisch?* Zu Recht heisst es in diesem Konzept-Entwurf, «dass eine linke Wirtschaftspolitik ... im Kern des Motors intervenieren muss, dort, wo der Wert entsteht, indem sie etwas einfügt, das kein Teilnehmer des Marktes vermag: eine langfristige Vision und die Fähigkeit, Risiken zu teilen zugunsten der Beschäftigung, der Schaffung von Reichtum, des Schutzes von Umwelt und Gemeinwohl». Ist der *«Kern des Motors»* nicht die dem Privateigentum zustehende Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die Sachzwang gewordene Profitgier, die möglichst hohe Eigenkapitalrenditen erwirtschaften muss, was wiederum Wachstumszwang bedeutet, ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt? Wie kann ein linkes Wirtschaftskonzept diesen Fragen ausweichen? Sie stünden heute «so wenig konkret im Raum» wie 1994, meinen die Autorinnen und Autoren. Wie aber sollen diese systemkritischen Fragen jemals wieder auf die Tagesordnung kommen, wenn sie heute nicht einmal mehr diskutiert werden?

Elmar Altvater hat neulich eine weit stringentere Analyse entwickelt. Im Anschluss an den französischen Historiker *Fernand Braudel* geht auch er davon aus, dass der Kapitalismus nicht einfach in einer «samtenen Revolution» untergehen werde, sondern dass nur äussere Erschütterungen oder/und innere Krisen «seinen Zusammenbruch bewirken» könnten, und auch dies nur «im Verein mit einer glaubwürdigen Alternative»[7]. Das wahrscheinliche Ende des Kapitalismus kündigt sich für Altvater bereits an. Der Wendepunkt liegt in *«peak oil»*, dem Fakt, dass die weltweite Ölförderung noch in diesem Jahrzehnt ihre Produktionsspitze (peak) überschreiten und in etwa 40 Jahren überhaupt versiegen wird. Wenn es nicht schon vorher zum weltweiten Ökokollaps kommt.

Fossile Energien – Kohle, Gas und insbesondere Öl – sind dem Kapitalismus kongruent: Sie sind rund um die Uhr verwertbar, fördern die Mobilität bis zur globalen Autogesellschaft und ermöglichen die Konzentration ökonomischer Prozesse. Der äussere Schock

droht, wenn die fossilen Energien nicht rechtzeitig durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Sie alle – Fotovoltaik, Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Geothermik usw. – sind freilich ortsgebunden und daher nicht mehr kompatibel mit dem Kapitalismus, «wie wir ihn kennen». Wie das fossile Energieregime die Macht- und Profitbasis des Kapitalismus ist, so könnte eine alternative, insbesondere solare Energiegewinnung die technologische Voraussetzung für eine dezentrale, solidarische Wirtschaftsordnung sein.

Die ideologische Voraussetzung besteht in *«glaubwürdigen Alternativen»* (im Plural!). An ihnen arbeiten heute verschiedene *Bewegungen,* die sich gegen die Folgen der sozialen Verwerfungen, «vor allem gegen Arbeitslosigkeit und Armut genossenschaftlich organisieren und den Aufbau einer ‹solidarischen Ökonomie› versuchen»[8]. Altvater erwähnt die Zapatistas in Mexiko, den Widerstand indischer Bauern gegen genetisch manipuliertes Saatgut, Kämpfe gegen die Privatisierung der Wasserversorgung in Bolivien, Landbesetzungen in Brasilien, auch Fabrikbesetzungen zur «Wiederaneignung von Arbeitsplätzen», die zu spekulativen Zwecken abgebaut werden. Im Genfer Le Courrier vom 8. Oktober 2005 steht z.B. der Titel: «Remède à la crise, l'entreprise sans patron fleurit en Argentine».

3. Wirtschaftsdemokratie

«Wirtschaftsdemokratie», wie sie in den verschiedenen Parteiprogrammen der SPS entwickelt wurde, bleibt unvermindert aktuell. Auch diese Programme standen nicht unter dem Zwang eines festgelegten Begriffs oder eines fertigen Modells. Es ging und geht um eine Zielrichtung, eine *regulative Idee* (im Sinne Kants). Es ging und geht um die unabgegoltenen Werte der bürgerlichen Revolution: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. *«Freiheit»* soll nicht länger auf die Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit der Kapitalbesitzer fokussiert bleiben, sondern alle Menschen an der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel partizipieren lassen. *«Gerechtigkeit»* ist mehr als die Neuverteilung von Wohlstandszuwächsen oder die «Verteilung der Konsumtionsmittel», es geht immer auch um die «Verteilung der Produktionsbedingungen»[9], also um die Umverteilung der Besitzstände und ökonomischen Machtpositionen. *«Solidarität»* bedeutet, dass dieser Kampf um die Grundwerte vorrangig für die unterprivilegierten Menschen zu führen ist, und das nicht im sozialen Frieden mit dem Kapital, den das «Neue Wirtschaftskonzept» als «Standortvorteil» anpreist, sondern weltweit. Schliesslich hat sich der demokratische Sozialismus noch stets als «Internationale» verstanden.

Es geht heute wie schon im Programm von 1935 auch um die *«Rettung der Demokratie»*. Die private Verfügungsmacht über wichtige Produktionsmittel sprengt mehr denn je den Rahmen des nur Ökonomischen, sie «wird zu politischer Macht» und «usurpiert Staatsgewalt», wie es noch im Godesberger Programm der SPD 1959 hiess. In einer Zeit, in der das global agierende Kapital die Staaten gegeneinander ausspielt und ihnen einen desaströsen Steuerwettbewerb aufzwingt, dürfte diese Erkenntnis auch aus einem nur mittelfristig angelegten «Wirtschaftskonzept» nicht verdrängt werden.

Letztlich geht es um die Frage nach dem *Menschenbild*. Dieses kann im Staat nicht ein anderes sein als in der übrigen Gesellschaft, insbesondere in der Wirtschaft. Es ist nicht möglich, dass ein partizipatives Menschenbild in der Politik und ein autoritäres in der Wirtschaft auf die Länge miteinander koexistieren können. Neoliberale haben diese Einheit des Menschenbildes insofern begriffen, als sie den Staat immer mehr der Wirtschaft unterwerfen und ihn auch noch in seinen Restbeständen mit NPM-Konzepten auf den «Kunden» statt auf den «Citoyen» ausrichten. Die *Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche* ist eine lo-

gische Konsequenz aus dem neoliberalen Menschenbild.

Die Konsequenz aus dem partizipativen Menschenbild ist die *Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche,* die Einführung von Mitbestimmungsrechten in allen Fragen, die für die heute lebenden Menschen und für die kommenden Generationen existenziell wichtig sind. In der Konsequenz dieses Menschenbildes liegt die «Wirtschaftsdemokratie» nicht weniger als die politische Demokratie.

There Is No alternative (TINA), ist seit Margret Thatcher der Slogan des Neoliberalismus. Wir müssen ihm TATA entgegensetzen: There Are Thousands of Alternatives. Demokratischer Sozialismus kannte und kennt viele Modelle: Von den Frühsozialisten wie *Pierre Joseph Proudhon* oder *Henri de Saint-Simon* bis *Karl Marx* hiess Sozialismus dass «die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst» sind.[10] Von *Leonhard Ragaz* bis *Martin Buber* hat ein genossenschaftlicher Sozialismus von unten immer auch zum Selbstverständnis des Religiösen Sozialismus gehört.

Die Demokratisierung der Wirtschaft, ja aller demokratisierbaren Bereiche war eine grundlegende Forderung der *68er-Bewegung*. Dass reale Ansätze von Wirtschaftsdemokratie sowohl im *«Prager Frühling»* als auch im *Chile Salvador Allendes* keine Chance bekamen, dafür sorgte die Komplizenschaft von Sowjetunion und USA 1968 und 1973. Nicht vom Tisch sind Modelle der *Selbstverwaltung* (autogestion), wie sie die französische SP in den Zeiten des «Programme commun» mit der KP vertrat. Es gibt sodann Mischformen von Privat- und Gemeinwirtschaft, Modelle mit bald mehr, bald weniger (nationaler wie globaler) Regulierung bis hin zur Investitionslenkung auf der politischen Ebene. Auch den Kampf der Freiwirtschaftler/innen gegen eine ausbeuterische Zinswirtschaft würde ich nicht einfach vom Tisch wischen. Allen diesen Modellen gemeinsam sind die demokratische Partizipation an gesellschaftlicher Verfügungsmacht und der Abbau von Eigentumsprivilegien zur Verbesserung der Lebenschancen aller Menschen.

Ob das schon *demokratischer Sozialismus* ist? Oder nur – wie Altvater vorsichtig formuliert – «das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen»? Wichtiger als die *Negation des Kapitalismus,* der je nach Definition bald mehr, bald weniger überwunden sein könnte, ist die *positive Zielsetzung der partizipativen Demokratie* in allen von Menschen gemeinsam gestaltbaren Bereichen. Diese erschöpft sich in keinem Modell und verrennt sich in keinen Glauben an ein Endziel, sie ist vielmehr eine *regulative* Idee, die sich immer nur in Annäherungen, nie integral verwirklichen lässt, die aber für die Motivation der Mitglieder einer linken Partei, für den Wärmestrom eines demokratischen Sozialismus sehr wohl *konstitutiv* sein kann. •

[1] Die Parteiprogramme finden sich unter:www.sp-ps.ch/positionen/parteiprogramm/index.htm
[2] Vgl. W. Spieler, Die Mitbestimmungsinitiative vor dreissig Jahren, in: NW 2/2006.
[3] Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, München 2005, S. 30.
[4] Zahlen und Analysen a.a.O., bes. S. 29ff. und 100ff.
[5] Vgl. Arnold Künzli, «Wachstum, Wachstum über alles...», in: NW 4/06.
[6] Zit. nach Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt, München 2003, S. 36.
[7] Elmar Altvater, Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster 2005, a.a.O., S. 13.
[8] A.a.O., S. 15.
[9] Kritik des Gothaer Programms, in: Karl Marx, Politische Schriften, 2. Band, hg. von Hans-Joachim Lieber, Stuttgart 1960, S. 1025.